



Beschlussvorlage

Drucksache VL-108/2018

- öffentlich -

Datum: 05.06.2018

Über

Bürgermeisterin	X
Gemeindevertretervorsitzenden	X

Fachbereich	Bauverwaltung
Federführendes Amt	Gebäude- und Flächenmanagement
Sachbearbeiter	Frau Pfannmüller/Herr Schädel

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion	Kennung
Gemeindevertretung der Gemeinde Ranstadt	05.06.2018	beschließend	öffentlich

Bauleitplanung der Gemeinde Ranstadt;

hier: Aufstellung einer Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 und 4 BauGB in der Gemarkung Dauernheim

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, das Planungsbüro Vollhardt, Marburg, mit der Aufstellung einer Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 und 4 BauGB in der Gemarkung Dauernheim, im Gebiet „An der Stadener Straße“ zu einem Honorarangebot in Höhe von 6.545,00 € brutto zu beauftragen.

Finanzielle Auswirkungen:

6.545,00 € brutto

Sachdarstellung:

Im Ortsteil Dauernheim ist eine Erweiterung des auf der Parz. 544/2 vorhandenen Kindergartens (KiGa) unumgänglich. Insofern soll auf der südwestlich angrenzenden Nachbarparzelle 449 ein Teilareal von ca. 3.000 m² für eine Erweiterung des KiGa planungsrechtlich gesichert werden.

Die Maßnahme dient der städtebaulichen Ordnung des südwestlichen Siedlungsrandes in Richtung freie Landschaft.

Der Geltungsbereich der Satzung ist durch den vorhandenen benachbarten KiGa und die angrenzenden Wohnnutzungen geprägt. Im Flächennutzungsplan (FNP) ist der beanspruchte Flächenbereich als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Nach Wirksamkeit der Satzung wird der FNP angepasst bzw. berichtigt.

Das Planungsbüro Vollhardt hat für die Erstellung der Ergänzungssatzung ein Honorarangebot von 6.545,00 € brutto als Pauschalhonorar abgegeben.

In der Angebotssumme sind die naturschutzrechtlichen Leistungen sowie die Nebenkosten der Durchführung des Bauleitplanverfahrens enthalten.

Das Gesamtareal umfasst eine Fläche von 3.000 qm. Zusätzliche Sondergutachten (z. B. verkehrliche Anbindung, Altlastenuntersuchungen, Bodengutachten, Immissionsprognosen usw.), die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens von beteiligten Behörden eingefordert werden, sind nicht Gegenstand des Angebotes.

Abstimmungsergebnis:

Ja _____ Nein _____ Enthaltung _____

FB Öffentlichkeitsarbeit	<input type="checkbox"/>	FB Gremien	<input type="checkbox"/>
FB Hauptverwaltung	<input type="checkbox"/>	FB Jugend und Soziales	<input type="checkbox"/>
FB Assistenz Bürgermeisterin	<input type="checkbox"/>	FB Ordnung	<input type="checkbox"/>
FB Finanzen	<input type="checkbox"/>	FB Kasse	<input type="checkbox"/>
FB Bauen	<input type="checkbox"/>	FB Friedhof	<input type="checkbox"/>
FB Personal	<input type="checkbox"/>	FB Natur- und Landschaftspflege	<input type="checkbox"/>

Erl. Vermerk

_____ Datum

_____ Unterschrift